

## VII. Frauenbewegungen in Cisleithanien

### A. Bildungsbestrebungen und Frauenbewegungen

von  
RENATE FLICH

„Gewiß, bald wird es keine Frauen mehr geben! Sie wollen mit aller Gewalt zum männlichen Geschlecht übergehen ... Thun es in allen Verhältnissen an Dreistigkeit den Männern zuvor, eignen sich deren Rechte an und rauchen dazu ganz wohlgemut ihre Cigarre.“<sup>1)</sup>

Diese patriarchalen Befürchtungen löste nicht zuletzt ein Ereignis ganz besonderer Art aus: Am 28. August 1848 fand im „Salon des Wiener Volksgartens“ die Gründungsversammlung des „Wiener Demokratischen Frauenvereins“ statt. Die in den Statuten niedergelegten Vereinsziele lassen aufhorchen: „Die Aufgabe des Vereines ist eine dreifache: Eine politische, eine soziale und eine humane“, heißt es da. Der Zusammenschluß der Frauen, die Männer nur als „stimmlose“ Ehrenmitglieder zuließen, war in der Absicht geschehen, „die Gleichberechtigung der Frauen anzustreben durch Gründung öffentlicher Volksschulen und höherer Bildungsanstalten, den weiblichen Unterricht umzugestalten und die Lage der ärmeren Mädchen durch liebevolle Erhebung zu veredeln; ...“<sup>2)</sup>. Nicht das karitative Element stand – wie sonst bei Frauenvereinen üblich – im Vordergrund, sondern das politisch-soziale. Mit dem Instrument „Verein“ schuf sich eine weibliche Mitglieberschar unter der Präsidentin Karoline von Perin erstmals ein Agitationsforum, das in der Öffentlichkeit auf geschlechtsspezifische Mißstände und Defizite hinwies und Verbesserungen anstrebte.

Weibliche Einzelstimmen, die die Unzufriedenheit über die mangelhafte Bildungssituation ihrer Geschlechtsgenossinnen artikulierten, gab es wohl schon vorher, ebenso engagierte Frauen, die durch ihren Einsatz Verbesserungen zu bewirken trachteten. So ist in diesem Zusammenhang die Erzieherin Therese Luzac, geb. Chaplin, zu nennen, auf deren Anregung hin Joseph II. 1787 eine

---

<sup>1)</sup> *Neuestes Pariser Modejournal* von 1843, zitiert nach ROMAN SANDGRUBER, *Schöne Frauen rauchen. Geschlechtsrollen, materielle Kultur und sozialer Wandel*; in: *Beiträge zur Historischen Sozialkunde* 1 (1984) 11–20, hier 15.

<sup>2)</sup> Aus den Statuten des „Wiener Demokratischen Frauenvereins“, abgedruckt in GABRIELLA HAUCH, *Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848* (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 49, Wien 1990) 235.

Bildungsanstalt für Töchter von Beamten und niederen Offizieren einrichten ließ, um Mädchen „von Stand“ zu Erzieherinnen und Lehrerinnen auszubilden. In diesem Institut erhielten sie ein Maß an Wissen, das weit über jenes hinausging, das damals Mädchen vermittelt wurde. Institutionalisierte höhere Bildung blieb Privileg für wenige und besaß Privatcharakter.

Es existierten bis zu diesem Zeitpunkt außer auf dem Primärschulsektor für Frauen weder ähnliche noch gleichwertige Anstalten, wie sie der männlichen Bevölkerung zugänglich waren, noch besaßen Frauen die Möglichkeit, mit den Männern gemeinsam höhere Schulen zu besuchen. Daß dieses Mißverhältnis in weiblichen Kreisen diskutiert wurde, beweist der an den „Wiener Demokratischen Frauenverein“ adressierte und in der Zeitschrift *Der Freimüthige*<sup>3)</sup> abgedruckte Forderungskatalog einer – wie sie sich selbst bezeichnet – „außerhalb Wiens“ lebenden, ihren Namen nicht nennen wollenden Leserin. Sie verbalisiert das Recht der Frau auf Bildung und geht noch einen Schritt weiter als der eingangs aus den Statuten des „Wiener Demokratischen Frauenvereins“ zitierte Passus: Die Verfasserin des Leserbriefs spricht sich nämlich dafür aus, daß Frauen auch Zugang zu den Universitäten erhalten sollten, um sich zu Juristinnen und Ärztinnen ausbilden zu lassen.

Als Forderung einer in einem Verein organisierten Gruppe von Frauen, die in Versammlungen vor größerem Publikum für höhere Bildung für Frauen eintraten, waren weibliche Bildungsdefizite jedoch noch nicht an die Gesellschaft herangetragen worden. Kurzfristig hatten sich ähnliche – „demokratische“ – Frauenvereine während der Revolution in anderen Ländern der Monarchie konstituiert, so in Prag (Praha) am 16. August 1848<sup>4)</sup>, ihr Bestand war – wie der des Wiener Vereins – jedoch nur von kurzer Dauer. Das Ende der Revolution bedeutete auch das Ende für diese ersten nicht-karitativen Frauenvereine. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sammelten sich wieder Frauen in Vereinen, um die Bildungsmisere ihrer Geschlechtsgenossinnen mittels selbst geschaffener Anstalten zu beseitigen.

### 1. Reformbestrebungen für die Mädchenbildung von „oben“ und von „unten“

Eine staatlich geregelte Unterrichtspflicht für beide Geschlechter existierte schon vor der Organisierung bürgerlicher Frauen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie ging zurück auf die Regierungszeit Maria Theresias, doch die Bestimmungen bezogen sich für Mädchen ausschließlich auf den Primärschulbereich; der weiterführende allgemein- und berufsbildende Schulsektor blieb ihnen verschlossen.

Vielleicht hätte sich die Bildungssituation für Frauen anders gestaltet, wären die Reformideen des Staatsministers Johann B. Anton Graf Pergen zur Umsetzung gekommen. Er hatte nämlich seiner Monarchin vorgeschlagen, „... daß alle Academien, Gymnasia, lateinische, Real- und Normal-Schulen und alle zur

<sup>3)</sup> *Der Freimüthige* vom 12. September 1848, Nr. 131, 532.

<sup>4)</sup> SIEHE HAUCH, Frau Biedermeier 149.

Weltlichen Erziehung bestimmte Stiftungen ... auch mit weltlichen und Respective weltgeistlichen Lehrern besetzt, das ganze Schul- und Erziehungswesen der weltlichen Jugend nicht als ein Kirchen- sondern als ein wahres Staatsgeschäft betrachtet, einförmig gemacht und dem Directorio die Oberaufsicht darüber anvertraut werden soll. ... Wie endlich diese gute Anstalten auch für das weibliche Geschlecht zu benutzen, um diese Hälfte der Unterthanen, welche einen größeren Einfluß, als man insgemein glaubet, auf den Staat und die Sitte hat, gleichfalls besser zu erziehen.“<sup>5)</sup> Als zu radikal fanden diese Reformvorschläge bei Maria Theresia keine Zustimmung.

Jener Reformers, der Pergens in den Bemühungen, das Schulwesen generell neu zu organisieren, den Rang abgelaufen hatte, der schlesische Abt Ignaz Felbiger, strebte in der Mädchenerziehung weit weniger progressive Ziele an: „Ich wünschte aber, daß man aus einigen bereits vorhandenen guten Büchern ... diejenigen Grundsätze ausziehe, und bekannt mache, welche dienen aus den Schülerinnen mit der Zeit gute Ehegattinnen, sorgfältige Hausfrauen, liebevolle Mütter, und ... treue, willige und brauchbare Dienstbothen zu ziehen ...“<sup>6)</sup> Und so geschah es auch: Die Mädchenschulen beschränkten sich größtenteils auf Vermittlung dieses „Wissensgutes“.

Auch in dem 1849 verfaßten „Entwurf der Organisation der Gymnasien und Realschulen in Oesterreich“ fand ein öffentliches sekundäres Mädchenschulwesen keinen Eingang, obwohl einige wenige fortschrittliche Kräfte durchaus den Plan erwogen hatten, ein solches einzurichten: „Wenn mir das Schicksal vergönnt hätte, meine officöse Thätigkeit im Unterrichtsministerium Feuchtersleben ... weiter entwickeln zu können ... – wir hätten auch schon seit 1848 ganz andersartige Knaben-Gymnasien – und dazu auch Mädchen-Gymnasien!“<sup>7)</sup>

Als der anerkannte Universitätsprofessor Dr. Karl Bernhard Brühl diese Worte bei einem Vortragsabend am 30. Mai 1892 vor den Zuhörerinnen und den Mitgliedern des „Vereins für erweiterte Frauenbildung“ äußerte, gab es noch immer kein deutschsprachiges Mädchengymnasium auf dem Gebiet des heutigen Österreich. Die Einbeziehung der Mädchen in das sekundäre Schulwesen – wenn auch anfänglich nur in eigens für sie gegründeten und inhaltlich den Knabenanstalten nicht gleichwertigen Instituten – blieb der Eigeninitiative einer Reihe engagierter Frauen vorbehalten, einer Eigeninitiative, die zum Zeitpunkt des Brühl'schen Vortrags bereits die ersten Früchte zu tragen begann.

Die Einrichtung berufsbildender Schulen befand sich zwar auch für Knaben um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert erst im Entwicklungsstadium, doch

<sup>5)</sup> Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien [AVA], Nachlaß Pergens, Nr. 13 ex fasc. 4 1772 [Hervorhebung durch die Verfasserin].

<sup>6)</sup> AVA, Studienhofkommission F. 81, 20 in gen. 145 ex 1775, JOHANN IGNAZ FELBIGER, Entwurf zum Unterricht der Mägdgen in den Schulen der Klosterfrauen,

<sup>7)</sup> CARL BERNHARD BRÜHL, Einiges über die Gaben der Natur an die Frau und die Konsequenzen hieraus für Bedeutung, Stellung, Aufgaben und Rechte der Frau in der menschlichen Gesellschaft; in: Jahresbericht des Vereines für erweiterte Frauenbildung in Wien, IV. Vereinsjahr October 1891– October 1892 (Wien 1893) 33–64, hier 59 [Hervorhebung durch die Verfasserin].

erwies sich die Situation für Mädchen als noch eingeschränkter. Warum sollte die Frau auch einen anderen „Beruf“ als den der Gattin, Hausfrau und Mutter erlernen? Diejenigen Frauen, die aus finanziellen Gründen dennoch gezwungen waren, einem Broterwerb nachzugehen, sahen sich genötigt, aus ihren hausfrau-lichen Tätigkeiten Kapital zu schlagen: Kinder fremder Leute gegen Lohn zu betreuen oder als Gouvernanten das meist autodidakt und immer privat erworbene Wissen (Fremdsprachen, Literatur, das Spielen eines Instruments) für Geld anzubieten. Von einer geregelten Berufsausbildung für Mädchen konnte zur Zeit Maria Theresias keine Rede sein. Einzig diverse Klosterschulen machten es sich zur Aufgabe, „auch allerley wircken und Handarbeit [zu] lehren, damit die armen [Schülerinnen] ihr Brod verdienen mögen“<sup>8)</sup>. Dies impliziert, daß für Mädchen aus wohlhabenden Schichten keinerlei Notwendigkeit bestand, einen Beruf zu erlernen.

Berufsbildende Ziele verfolgten nur die beiden unter Joseph II. geschaffenen und von ihm geförderten Anstalten, nämlich das 1775 in St. Pölten gegründete und 1786 nach Wien übersiedelte k.k. Offizierstöchtererziehungsinstitut und das bereits erwähnte, 1787 in Wien eröffnete k.k. Zivilmädchenpensionat. Beide Institute waren jedoch – wie die Namen schon sagen – nur einer bestimmten Gruppe von Mädchen zugänglich. Der Unterricht an beiden Anstalten verfolgte das gleiche Ziel: Man wollte „durch die Heranbildung verlässlicher und gediegener Erzieherinnen für die weibliche Jugend des Adels und der angesehenen Stände diese der Nothwendigkeit überheben, Erzieherinnen aus fremden Landen kommen zu lassen, bei welchen „nach der bereits geprüften Erfahrung öfter die Gefahr von der Einsaugung verderblicher Sitten vorwaltete“<sup>9)</sup>. Beide Anstalten wurden mit staatlichen Mitteln erhalten. Helmut Engelbrecht vermutet in diesen kaiserlichen Maßnahmen eine von Joseph II. angestrebte und staatlich kontrollierte Vereinheitlichung eines anfänglich nur von weiblichen Klosterschulen betriebenen höheren Mädchenschulwesens<sup>10)</sup>. Die genannten Anstalten waren aber in keiner Weise – weder inhaltlich noch organisatorisch – gleichzusetzen mit höheren Schulen für Knaben. Hatte der Staat begonnen, die Mädchenbildung als notwendiges Faktum anzuerkennen, so bedeutete dies keineswegs, daß er ihr den gleichen Stellenwert beimaß wie der Bildung und Ausbildung seiner männlichen Untertanen<sup>11)</sup>.

Wenn es für Frauen kaum öffentliche Ausbildungsstätten gab, schloß diese Tatsache jedoch nicht aus, daß sie sehr wohl im Geschäft, im Betrieb, im Kontor der Eltern oder des Mannes unbezahlt mitarbeiteten, oder – als Frauen der Un-

<sup>8)</sup> Aus den Regeln der Ursulinen zitiert nach HELMUT ENGELBRECHT, *Geschichte des österreichischen Bildungswesens*, 5 Bde. (Wien 1982–1995), hier III 28.

<sup>9)</sup> ADELE VON ARBTER, *Aus der Geschichte der k.u.k. Offizierstöchter-Erziehungs-Institute* (Wien 1892) 2.

<sup>10)</sup> ENGELBRECHT, *Bildungswesen* III 166.

<sup>11)</sup> Als Gesamtüberblick vgl. MARGRET FRIEDRICH, „Ein Paradies ist uns verschlossen ...“ *Zur Geschichte der schulischen Mädchenerziehung in Österreich im „langen“ 19. Jahrhundert* (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 89, Wien – Köln – Weimar 1999).

terschicht – in einer Fabrik ihr Geld verdienen mußten. Nicht unterschätzt werden darf überdies die Bildungsarbeit, die Frauen des Bürgertums an den eigenen Kindern leisteten und so den Grundstein für deren späteres Wissen und Karriere legten. Diese wichtige „Basisarbeit“ meist autodidakt gebildeter Bürgerfrauen hebt die Historikerin Marion A. Kaplan besonders hervor. „While men earned money women prepared children not only for the class into which they had been born, but also for the class to which their parents aspired.“<sup>12)</sup> Die gebildeten Mütter waren zumeist für die „schöngestige“ Erziehung der Heranwachsenden zuständig. Sie vermittelten ihnen Fremdsprachen und Literatur, musizierten mit den Kindern, zeichneten und malten mit ihnen. Wurde das Geld im eigenen Haushalt knapp, boten diese Kenntnisse die einzige Erwerbsquelle für Frauen bürgerlicher Herkunft.

„Ausgangspunkt für den Aufbruch der Frauenbewegung war der Ausschluß bürgerlicher Frauen aus der Arbeitswelt der [bürgerlichen] Männer“<sup>13)</sup> und der Ausschluß aus deren Bildungseinrichtungen. Lange Zeit verweigerten sich die Universitäten ebenso wie diverse Fachschulen. Zwar durften Frauen als Privatistinnen eine Reifeprüfung ablegen, doch berechnete das ihnen ausgestellte Zeugnis nicht zum Hochschulbesuch.

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts begannen sich bürgerliche Frauen mit der Absicht in Vereinen zu organisieren, die Ausbildung, den Wissensstand und die beruflichen Möglichkeiten der weiblichen Bevölkerung in Eigeninitiative anzuheben bzw. schulische Einrichtungen zu initiieren. Es formierten sich die ersten Frauenerwerbsvereine in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, eine wichtige Rolle spielten dabei die Städte Prag und Wien. Anregungen und Unterstützung kamen nicht zuletzt von fortschrittlich denkenden und einflußreichen Männern. „Auslöser war das Wissen um die mangelhafte materielle Versorgung vieler Frauen des Mittelstandes, die Erkenntnis des Auseinanderklaffens von bürgerlichem Frauenideal und realer Lebenssituation.“<sup>14)</sup>

Einige Privatpersonen gingen zwar daran, nach deutschem Muster die „höhere Töchter“-Bildung zu forcieren; zu nennen ist hier als Beispiel die „Evangelische Lehr- und Erziehungsanstalt für Töchter gebildeter Stände“ der Marie Hanke-Luithlen (1826–1893), die 1861 eröffnet wurde<sup>15)</sup>. Dennoch blieb die Schulsituation für die weibliche Hälfte der Bevölkerung unbefriedigend bzw.

<sup>12)</sup> MARION A. KAPLAN, *The Making of the Jewish Middle Class. Women, Family, and Identity in Imperial Germany* (New York – Oxford 1991) 53 f.

<sup>13)</sup> HERRAD BUSSEMER, *Bürgerliche Frauenbewegung und männliches Bildungsbürgertum 1860–1880*; in: UTE FREVERT (Hg.), *Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert* (Göttingen 1988) 190–205, hier 190.

<sup>14)</sup> MARGRET FRIEDRICH, *Zur Tätigkeit und Bedeutung bürgerlicher Frauenvereine im 19. Jahrhundert in Peripherie und Zentrum*; in: BRIGITTE MAZOHL-WALLNIG (Hg.), *Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert* (=L'Homme Schriften 2, Wien – Köln – Weimar 1995) 125–173, hier 151.

<sup>15)</sup> Siehe dazu RENATE FLICH, „Die Erziehung des Weibes muß eine andere werden.“ Mädchenschulalltag im Rahmen bürgerlicher Bildungsansprüche; in: EBD. 269–299, hier 279–285.

konnte in keiner Weise mit den Möglichkeiten für Knaben verglichen werden. Ganz und gar undenkbar war es für die Bürgerin, eine auch nur ansatzweise dem Bürger mögliche berufliche Karriere anzustreben. Noch galt in bürgerlichen Kreisen das stereotype Rollenbild von der ausschließlich in den „inneren“ Räumen waltenden Hausfrau und Mutter, das aber in der Realität kaum je in dieser Form Gültigkeit besessen hatte<sup>16)</sup>.

Das 19. Jahrhundert brachte eine Reihe von Veränderungen mit sich, die sich auf den Mittelstand negativ auswirkten und auch vor dessen weiblichen Mitgliedern nicht halt machten. „Industrialisierung, Kriege, Börsenkrachs, Konkurse großer Firmen führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dazu, daß die Versorgungslage lediger, aber auch verheirateter Frauen sich verschlechterte. Tragödie um Tragödie spielte sich in den Häusern ab, deren Frauen gewohnt waren, aus der Hand des sorgenden Gatten die Mittel zur Lebenshaltung zu bekommen.“<sup>17)</sup> Laut Statistik waren im österreichischen Raum im Jahr 1875 von 1000 Frauen im heiratsfähigen Alter 505 und im Jahr 1880 nur mehr 498 verheiratet<sup>18)</sup>. Sie mußten entweder von der Familie erhalten werden oder sich ihren Lebensunterhalt mit Heimarbeit verdienen, was aber in bürgerlichen Kreisen meist verschwiegen wurde, da eine solche Tätigkeit nicht als standesgemäß galt<sup>19)</sup>.

Oftmals war es die wirtschaftliche Notsituation, die Frauen erst bewußt machte, wie wenig sie eigentlich gelernt hatten, und wie dieses Wenige kaum als Arbeit gegen Lohn verwertet werden konnte. Natürlich hätten sie sich gemeinsam mit den Frauen der Unterschicht in einer Fabrik oder als Dienstmädchen verdienen können, doch: „Ich frage Sie, strebt eine Mutter aus dem Mittelstande es an, die Tochter in solcher Weise beschäftigt zu sehen, glauben Sie, daß ein Vater aus dem Bürgerstande, aus dem Beamtenstande ruhig die Augen schließt, wenn er für die Tochter keine als eine solche Zukunft sieht?“<sup>20)</sup>

1866 konstituierte sich der „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“ mit dem Ziel, „die wirtschaftliche Thätigkeit der Frauen und Mädchen, sie mögen in Familien leben, oder auf sich allein angewiesen sein“<sup>21)</sup> zu unterstützen und die beruflichen Möglichkeiten ihrer Geschlechtsgenossinnen – angesprochen waren die Frauen des Mittelstandes – auszuweiten. Erreicht sollte dies u. a. durch Vorträge

<sup>16)</sup> BRIGITTE MAZOHL-WALLNIG, Männliche Öffentlichkeit und weibliche Privatsphäre? Zur fragwürdigen Polarisierung bürgerlicher Lebenswelten; in: MARGRET FRIEDRICH, PETER URBANITSCH (Hgg.), Von Bürgern und ihren Frauen (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 5, Wien – Köln – Weimar 1996) 125–140.

<sup>17)</sup> GISELA URBAN, Die Entwicklung der österreichischen Frauenbewegung im Spiegel der wichtigsten Vereinsgründungen; in: MARTHA BRAUN, ERNESTINE FÜRTH u. a. (Hgg.), Frauenbewegung, Frauenbildung, Frauenarbeit in Österreich (Wien 1930) 25–64, hier 25.

<sup>18)</sup> T.W. TEIFEN, Ein Wort zur Frauenfrage; in: *Dokumente der Frauen* vom 1. Mai 1899, Nr. 4, 81–86, hier 84.

<sup>19)</sup> RENATE FLICH, Wider die Natur der Frau? Entstehungsgeschichte der höheren Mädchenschulen in Österreich (=Reihe Frauenforschung 3 des Ministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, Wien 1992) 52.

<sup>20)</sup> MARIANNE HAINISCH, Zur Frage des Frauen-Unterrichtes (Wien 1870) 5.

<sup>21)</sup> Statuten des „Wiener Frauen-Erwerb-Vereines“, abgedruckt in FRIEDRICH, Frauenvereine 168.

und Artikel werden, „durch Unterricht für Berufs-, Gewerbs- und Handelsgeschäfte“, durch „Errichtung von Ausstellungs- und Verkaufslöcalen für Frauenarbeit jeder Art“<sup>22)</sup>). Angeregt wurde die Gründung durch einige männliche Mitglieder des „Vereins für volkswirtschaftlichen Fortschritt“. Am 26. Juli 1866 genehmigte die k.k. niederösterreichische Statthalterei die Statuten. Die eigentlichen Vereinsaktivitäten – unterbrochen durch die blutigen Ereignisse des preußisch-österreichischen Krieges – setzten tatsächlich mit der konstituierenden Versammlung am 15. November 1866 ein. Die Realisierung der Ziele sollte möglichst rasch in Angriff genommen werden<sup>23)</sup>). Die weiblichen Vorstandsmitglieder des Vereins, meist aus der „gehobenen“ Wiener Gesellschaft und aus Adelskreisen – also persönlich bestens versorgt und gebildet – eröffneten eine Reihe von Kursen und Schulen, wobei ihnen ihre sozialen Kontakte sehr zu Hilfe kamen. Bereits im Jänner 1867 gab es eine Nähstube mit vier Nähmaschinen, an denen das Handwerk der Näherin gelernt werden konnte.

Der „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“ bewegte sich mit seinen Bestrebungen auf den von der bürgerlichen Gesellschaft tolerierten Geleisen. Er sah seine Aufgabe darin, jenen Frauen des Mittelstandes, die gezwungen waren, Geld zu verdienen, möglichst effizient Wissen zu vermitteln und Tätigkeitsfelder zu eröffnen, die ihnen zwar nicht fremd und neu waren, die sie aber so weit durch Unterricht perfektionieren konnten, daß sie als Spezialistinnen mit guten Produkten für guten Lohn Abnehmer finden konnten. Der Verein entwickelte keine Visionen für die fernere Zukunft, es ging seinen Mitgliedern um schnelle Abhilfe von Bildungs- und Ausbildungsmißständen innerhalb des Establishments mit all dessen Vorurteilen gegenüber der Frau und seinen Ansprüchen an sie. Als wirtschaftliche Krisen es nicht mehr vermeiden und vertuschen ließen, daß auch die Bürgerin ihr Scherflein zum Familieneinkommen beitragen mußte, sollte sie dies wenigstens in Berufen tun, die ihrer „weiblichen Sonderart“ nicht zuwiderliefen. Die unterrichteten Fächer wie „weibliche Arbeiten“, Sticken, Nähen, Kinder- und Altenpflege sprengten diesen Rahmen nicht.

Die Bestrebungen des „Wiener Frauen-Erwerb-Vereins“ entließen zwar die bürgerliche Frau nicht völlig aus ihrem traditionellen Aufgabenkreis, bereiteten sie aber für die Bewährung auf einem neuen Platz, nämlich dem männerdominierten Arbeitsmarkt, vor. Die Bürgerin, die für Lohn arbeiten mußte, sollte für den Schritt in den öffentlichen Arbeitsmarkt unter „Bewahrung der vielzitierten ‚Sittlichkeit‘“<sup>24)</sup> gerüstet werden. Das gelang am ehesten, wenn sie nicht zur Konkurrentin des Mannes wurde (wie es die Arbeiterin schon lange war), sondern „standesgemäße“ Nischen suchte, die kein Mann ihr streitig machen würde. In diesen „standesgemäßen“ Nischen ließ sich aber leider keine prestigeträchtige Karriere machen, geschweige denn viel Geld verdienen. Und auch in diesen

<sup>22)</sup> EBD.

<sup>23)</sup> Für die genaue Gründungsgeschichte siehe MARGRET FRIEDRICH, Versorgungsfall Frau? Der Wiener Frauen-Erwerb-Verein – Gründungszeit und erste Jahre des Aufbaus; in: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 47/48 (1991/92) 263–308.

<sup>24)</sup> EBD. 271.

Nischen mußten sich die Frauen bisweilen gegenüber der Konkurrenz der Männer zur Wehr setzen, wozu sie wiederum eigene Vereine gründeten<sup>25)</sup>.

Auch den Arbeiterinnen wollten die bürgerlichen Frauenerwerbsvereine gediegene Ausbildung anbieten – sie sollten sich wieder auf ihre hausfraulichen und mütterlichen Tugenden rückbesinnen und dafür in Kursen das nötige Rüstzeug erhalten. Außer acht gelassen wurde dabei – trotz der wohlmeinenden Absichten –, daß die Arbeiterin das ja vielleicht gerne getan hätte, es ihr aber aufgrund ihrer finanziellen Lage und der Arbeitszeiten nicht möglich war, die Kurse zu besuchen. – Noch blickten die bürgerlichen Frauenvereine ideologisch nicht über den „Rand“ bürgerlicher Lebenswelten und Wertekanon hinaus.

Unter diesen Aspekten ist es auch nicht verwunderlich, daß Marianne Hainisch mit ihrem speziellen Ansinnen an den Verein keinen starken Widerhall auslöste: Am 12. März 1870 hielt sie in der Generalversammlung des „Wiener Frauen-Erwerb-Vereins“ einen Vortrag, der in der Aufforderung mündete: „Der geehrte Verein möge zunächst der Gemeinde Wien eine Petition überreichen, welche um die Errichtung von Parallelklassen für Mädchen an einem Realgymnasium Wiens ersuchen sollte.“<sup>26)</sup> Würde die Gemeinde das Ansinnen abschlägig behandeln, dann sollte der Verein an die Regierung mit der Bitte um Bewilligung zur Errichtung eines Mädchenrealgymnasiums herantreten. Marianne Hainisch schien es durchaus angemessen, Mädchen und Knaben die gleiche intellektuelle Ausbildung in Gymnasien angedeihen zu lassen, doch damit berührte sie einen strittigen Punkt. Noch war die Skepsis auch in den Köpfen der fortschrittlich gesinnten Männer und Frauen gegenüber der „weiblichen Intellektualität“ groß. Würde die Frau durch zu vieles Lernen nicht „vermännlichen“, verfügte sie denn überhaupt über jene geistigen Gaben, die das männliche Geschlecht auszeichneten? Den „maßgebenden Vorstandsmitgliedern“ schien Hainischs Anliegen damals jedenfalls als zu kühn, um es in Angriff zu nehmen. „Sie konnten es nicht begreifen, daß, wie man am Familientisch Buben und Mädchen die gleiche Nahrung vorsetzt, so auch die Sprachlehre, die Mathematik, die Naturlehre ein und dieselbe für beide Geschlechter sein könnte und müßte.“<sup>27)</sup> Der Verein beschloß statt dessen eine Kompromißlösung und gründete 1871 eine „Höhere Bildungsschule (Mittelschule) für Mädchen“, die im Vereinshaus, Wien VI., Rahlgasse 4, untergebracht war.

Das Hauptaugenmerk des Vereins lag jedoch weiterhin auf der Förderung und Forcierung der beruflichen Ausbildung. Die Ausbildung in den vereinseigenen

<sup>25)</sup> 1908 entstand in Salzburg der „Verein zur Hebung der Standesinteressen der Hebammen“ als Mittel zur Stärkung ihrer Position gegenüber der Ärzteschaft. Generell jedoch spielten Frauenerwerbsvereine in Westösterreich nur eine geringe Rolle, vgl. IRMGARD PLATTNER, *Fin de siècle in Tirol. Provinzkultur und Provinzgesellschaft um die Jahrhundertwende* (Innsbruck – Wien 1998) 321–354.

<sup>26)</sup> MARIANNE HAINISCH, *Zur Geschichte der österreichischen Frauenbewegung*. Aus meinen Erinnerungen; in: MARTHA BRAUN, ERNESTINE FÜRTH U. A. (Hgg.), *Frauenbewegung, Frauenbildung, Frauenarbeit in Österreich* (Wien 1930) 13–25, hier 15.

<sup>27)</sup> Ebd. 15 f.

Fachschulen und Kursen schloß mit der Ausstellung eines Zeugnisses ab, das dem Arbeitgeber garantieren sollte, daß es sich bei der Bewerberin um eine qualifizierte – „gelernte“ – Kraft handelte. Mit den vereinseigenen Ausbildungseinrichtungen signalisierten sie den Besucherinnen eben dieser Einrichtungen, daß es sich bei den Tätigkeiten um „Leistungen“ handelte, die – außer Haus erbracht – durchaus als „standesgemäßer“ Gelderwerb zu bewerten waren.

Die bezahlte, qualifizierte Berufsarbeit sollte Frauen unmittelbar aus finanziellen Nöten helfen, es kam ihr aber in der Frauenbewegung darüber hinaus ein weiterer Stellenwert zu: „Mit dem Recht auf Arbeit reklamierte [die Frauenbewegung] gleichzeitig das Recht auf Selbständigkeit und Selbstverwirklichung.“<sup>28)</sup> Je mehr sich die Frauenvereine in der Öffentlichkeit zu engagieren begannen, auf Widerstände stießen und deren Ursachen erkennen lernten, formte sich die Erkenntnis: „Eine Haupttugend der Frau, die Bescheidenheit, ist die Achillesferse der Frauenfrage. Wir dürfen nicht klagen, wir dürfen nicht herumstreiten, wir müssen verlangen und was man uns nicht gibt, langsam, Schritt für Schritt, aber unaufhaltsam erobern!“<sup>29)</sup>

Als sich Frauen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Vereinen zusammenschlossen, war Selbsthilfe zur Beseitigung von Mißständen und Defiziten der Motor der Organisierung. Über die Selbsthilfe aus den eigenen Reihen hinaus appellierten die Frauenvereine im Laufe ihres Bestehens aber zunehmend an den Staat, sich mit der Schul- und Berufsmisere seiner weiblichen Bürger auseinanderzusetzen und sie einer die Frauen zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Der Staat wurde aufgefordert, sowohl finanziell als auch organisatorisch ein Mädchenschulwesen – dem Knabenschulwesen gleichwertig – zu schaffen und in seine Verwaltung zu übernehmen.

## 2. Die Bildungsbewegung als Lern- und Erkenntnisprozeß

Durch die Organisierung in einem Verein erhielt der Zusammenschluß von Einzelpersonen den Status einer juristischen Person. Das verlieh ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit und vor dem Gesetzgeber ein wesentlich stärkeres Gewicht als dies bei Privatpersonen der Fall gewesen wäre. Aus dem Kollektiv und dem rechtlichen Status heraus ließ sich effizienter agieren als aus dem privaten Zirkel. Einzelinteressen erfuhren eine Bündelung und wurden koordiniert, die kontinuierlich eingehobenen Beiträge der ordentlichen und der unterstützenden Mitglieder gaben das nötige finanzielle Rückgrat. „Namentlich für die Frauen, die vermöge ihrer eigenthümlichen Stellung in Staat und Gesellschaft als Persönlichkeiten noch viel gebundener sind als die Männer, sich als differenzierte Wesen viel weniger ausleben können, bedeutet der Verein eine nicht zu unterschätzende Erweiterung und Bereicherung ihres Wirkungsfeldes.“<sup>30)</sup>

<sup>28)</sup> BUSSEMER, Frauenbewegung 190.

<sup>29)</sup> *Das Recht der Frau* vom 14. Juni 1896, Nr. 227, 7.

<sup>30)</sup> ROSA MAYREDER, Frauenvereine; in: *Dokumente der Frauen* vom 1. April 1899, Nr. 2, 36 ff., hier 36.

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Vereinskultur Frauen durchaus nicht fremd. Da in den Vereinen des Vormärz keine Geschlechterexklusivität herrschte, fanden sich Frauen aus dem Bildungsbürgertum als Mitglieder in Kunst-, Geselligkeits- und Industrievereinen gemeinsam mit Männern zusammen; sie eigneten sich hier Kenntnisse auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten an, lernten das Vereinsprozedere kennen und konnten durchaus auch in mancher Angelegenheit als Ratgeberinnen herangezogen werden<sup>31)</sup>. Weiters gab es eine reiche Zahl karitativer Vereine, die Männer und Frauen im gemeinsamen Bemühen einte, Not zu lindern und in Härtefällen einzugreifen. Noch besaßen die Intentionen dieser Vereine Almosencharakter. Die Mitglieder mögen zwar gesehen haben, daß die Gesellschaft, in der sie lebten, immer wieder Elend und soziale Ungerechtigkeit produzierte, aber sie hinterfragten noch nicht die Mechanismen und die Gründe für diese Zustände. Es mag für die wohlhabenden und behüteten Bürgerinnen zum guten Ton gehört haben, einem karitativen Verein (oft gemeinsam mit Männern ihres Standes) anzugehören, doch bewegten sie sich innerhalb der Vereine (wenn auch außerhalb des Hauses) in der traditionellen Rolle der Heilenden und Helfenden, der Frauenrolle par excellence nach dem bürgerlichen Rollenverständnis.

Frauenvereine erfüllten bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine nicht zu unterschätzende Rolle innerhalb der Habsburgermonarchie, zu „einem Zeitpunkt, wo außerordentliche Weltereignisse die Kräfte des Staates vollauf in Anspruch nahmen, so daß es höchst notwendig war, daß Privatwohlthätigkeit die Mittel schaffe, um bei Gelegenheit Unglücklichen hilfreich zur Seite zu stehen“<sup>32)</sup>. Insofern weist die Tätigkeit der ersten Frauenerwerb- und -bildungsvereine der sechziger Jahre eine gewisse Ähnlichkeit mit den vormärzlichen Vereinen auf, denn auch sie versuchen mit privaten Mitteln Abhilfe zu schaffen und Benachteiligungen zu beseitigen. Allerdings ging ihre Tätigkeit in der Folge über rein karitative Handlungen hinaus; sie stellen Forderungen an Gesellschaft und Staat.

Die Vereine der bürgerlichen Frauenbewegung verstanden sich als Mittler zwischen der einzelnen Bürgerin, ihren bildungs- und arbeitsbedingten Nöten und jenen Instanzen, die möglicherweise Abhilfe schaffen konnten. Im Falle der Frauenerwerbvereine handelte es sich um Arbeitgeber, Kammern und diverse Behörden. Wichtig und neu war auch die Betonung der Öffentlichkeitsarbeit. Die im Verein besprochenen Probleme und die dafür manchmal gefundenen Lösungen sollten an ein breiteres Publikum herangetragen werden. Dies geschah in Versammlungen, aber auch in vereinseigenen Publikationen, die nicht nur Vereinsmitgliedern zugänglich waren, sondern z. B. in Kaffeehäusern auflagen.

Mit Abhilfe durch Selbsthilfe wurde nun ganz bewußt ein Umdenkprozeß in der Gesellschaft angestrebt: Männer und Frauen sollten sensibilisiert werden

<sup>31)</sup> Vgl. FRIEDRICH, Frauenvereine 134, für Salzburg.

<sup>32)</sup> DIE GESELLSCHAFT ADELIGER FRAUEN zur Beförderung des Guten und Nützlichen in Wien im ersten Jahrhundert ihres Bestandes 1811–1910 (Wien 1911) 5, zitiert nach FRIEDRICH, Frauenvereine 132.

für Mängel und Mißstände vor allem im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt, von denen das weibliche Geschlecht allein betroffen war.

In den Anfängen der bürgerlichen Frauenbewegung wurden von Vereinen Schul- und Kursgründungen mit Vehemenz betrieben. Hier sind drei unterschiedliche Vorgangsweisen zu beobachten:

- Frauenvereine, die sich generell der Anhebung der Frauenbildung verschrieben hatten, kamen im Laufe ihres Bestehens zu der Einsicht, daß den Schritt außer ihnen sonst niemand tun würde und entschlossen sich zur Gründung einer oder mehrerer Schulen (z. B. der „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“);
- Frauen organisierten sich in einem Verein, der in seinen Statuten als näheres oder ferneres Ziel die Gründung einer bestimmten Schultype focussierte (z. B. „Verein für erweiterte Frauenbildung“, der Prager Verein „Minerva“);
- Eine Gruppe von Menschen bzw. eine Einzelperson beabsichtigte die Gründung einer Schule und wählte zu diesem Zweck die juristische Form des Vereins, da sie die Erfahrung gelehrt hatte, daß der Verein sich als Instrumentarium für das Vorhaben rein rechtlich am besten eignete (z. B. ein Verein, der einzig gegründet wurde, weil sich Privatpersonen das Ziel gesteckt hatten, in Wien eine Handelsakademie für Mädchen zu eröffnen).

Um ihre Ziele zu erreichen, bemühten sich die Frauenvereine vor allem um die Mithilfe und tatkräftige Unterstützung hochgestellter Persönlichkeiten aus dem Wissenschaftsbereich und dem öffentlichen Leben. Die Befürwortung und die theoretische Untermauerung durch anerkannte Fachleute verliehen den Forderungen in der Öffentlichkeit ein wesentlich stärkeres Gewicht.

Es erweist sich als sehr aufschlußreich zu untersuchen, welche Vereine besonders viele Frauen aus dem Bürgertum anzogen. Darüber geben folgende Zahlen Auskunft:

Die größte Mitgliederzahl (zwischen 2000 und 3000) für den Bereich Wien wies der „Wiener Hausfrauenverein“ auf<sup>33)</sup>, der Frauen mit neuesten Lebensmittelpreisen, mit praktischen Ratschlägen und ähnlichem versorgte, aber durchaus auch bereit war, Bildungsforderungen anderer Vereine zu unterstützen, die sich nicht der traditionellen Frauenrolle verschrieben hatten. Mit 600 Mitgliedern konnte 1890 der „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ in Österreich aufwarten, 1898 zählte er 900 Mitglieder. Der „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“ zählte 1898 743 Mitglieder, der „Verein für erweiterte Frauenbildung“ 318 (1890, noch vor der Einrichtung des vereinseigenen Mädchengymnasiums, hatte er nur 240 Mitglieder), und die Mitgliederzahl des „Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins“ pendelte seit seiner Gründung 1893 bis 1914 immer zwischen 200 und 300 Mitgliedern.

Die Mitgliederzahl hing davon ab, ob ein Frauenverein bestimmte gesellschaftlich akzeptierte Geleise nicht verließ oder ob er die traditionelle Frauenrolle

---

<sup>33)</sup> 1890 zählte der „Wiener Hausfrauenverein“ 2601 Mitglieder, wie auf der Petition der Wiener Frauenvereine an den österreichischen Reichsrat 1890 vermerkt ist. 1898, so meldet das *Wiener Journal* vom 18. September 1898, hatte er 2737 Mitglieder.

le entscheidend in Frage stellte. Die geringe Mitgliederzahl des „Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins“ ist sicher damit zu begründen, daß sein Vorstand tabuisierte Themen aufgriff und das herrschende politische, soziale und ökonomische System kritisierte. Damit aber sprengte er den Rahmen des bürgerlichen Wertekanons und des liberalen Politikverständnisses.

Die meisten Mitglieder hatten jene Frauenvereine, die Hilfestellung im Alltag anboten, wie der „Wiener Hausfrauenverein“ oder der „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“ mit seinen Kursen, Schulen und einer Stellenvermittlung. Schnelle Hilfe und die dazu nötigen Instrumentarien waren unter den bürgerlichen Frauen mehr gefragt als der theoretische Diskurs. Ähnliche Vereine, die tradierte weibliche Tätigkeitsbereiche förderten, gab es übrigens nicht nur in den Metropolen, sondern sie entstanden im Lauf der Zeit auch in mittelgroßen oder kleineren städtischen Zentren, wie etwa das Innsbrucker Beispiel beweist. Der dortige, 1905 gegründete „Tiroler Hausfrauenverein“ stellte es sich zur Aufgabe, „Mädchen aus bürgerlichen Familien Gelegenheit zur Erwerbung der Kenntnisse und Fertigkeiten zu geben, welche zur vollständigen Führung eines Hauswesens erforderlich sind, ... Geist und Gemüt zu bilden, ...“<sup>34</sup>). Frauenbildungsvereine brauchten entweder einen langen Atem oder mußten rasch Kurse einrichten und Stellen vermitteln. Mit dem alleinigen Anspruch, für bessere Bildung und Ausbildung zu kämpfen, konnten sie bei ihren Zielgruppen zweifellos nicht reüssieren. Das bedingte natürlich einen Lernprozeß für die leitenden und aktiven Vereinsfrauen – der Verein selbst stellte bereits eine „Bildungswerkstatt“ dar. Doch auch das Verständnis von Bildung spielte innerhalb der Frauenvereine eine wichtige Rolle. „Bildung“ hatte durchaus mehrere Facetten.

In den einzelnen Frauenbildungsvereinen existierten (nicht streng voneinander getrennt) dreierlei Auffassungen vom Begriff „Bildung“:

- Bildung im Sinne von Ausbildung und reinem Wissenserwerb, um sich möglichst rasch in den Arbeitsprozeß eingliedern zu können und damit den Anforderungen der männerorientierten Leistungsgesellschaft zu entsprechen.
- Bildung verstanden als ganzheitlicher Weg zur inneren Reife und Selbstbestimmung, als Mittel zur Findung einer eigenen Identität und zur Erreichung der Mündigkeit.
- Gleichsam als Summe der beiden ersten Auffassungen stellt Bildung schließlich jenes Instrumentarium dar, das es der Frau ermöglicht, die künftige Generation zu „besseren“, „neuen“ Menschen heranzu„bilden“ – sei es als leibliche Mutter, sei es als „geistige“ Mutter, als Lehrerin.

Diese drei Definitionen des Bildungsbegriffes weisen auch chronologisch innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung eine ähnliche Reihung auf, wobei natürlich Gleichzeitigkeiten und Überschneidungen nicht fehlen.

Anfänglich strebten die bürgerlichen Frauenvereine danach, das Wissen, das ihnen die Männer ihrer Kreise voraus hatten, einzuholen und sich die bisher nur Männern vorbehaltenen Bildungsinstitutionen zu erschließen. Vor allem auf dem

---

<sup>34</sup>) *Innsbrucker Nachrichten* vom 31. Mai 1905, Nr. 128, 4.

Gebiet der Realien bestand großer Nachholbedarf, da zwar die „schöngestigen“ Fächer als dem weiblichen Wesen adäquat auf privatem Weg oder in höheren Töchterschulen vermittelt, Mathematik, Physik, Biologie etc. aber meist nur – wenn überhaupt – am Rande gestreift wurden. Die vom „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“ 1871 eröffnete „Höhere Bildungsschule (Mittelschule) für Mädchen“ legte daher in ihrem Lehrplan besonderes Gewicht auf den Mathematik-, den Naturgeschichte- und Naturlehreunterricht. Richtschnur für die Anhebung der Mädchenbildung blieb das Knabenmittelschulwesen. Unhinterfragt wurden die Lehrpläne der Knabenmittelschulen übernommen und eventuell noch mit „weiblichen Arbeiten“ versehen. Bildung sollte Mittel zum Zweck sein: sich nämlich die männerdominierten Prestigeberufe zugänglich zu machen. Bildung war Ausbildung von Fähigkeiten und deren Professionalisierung, um damit Geld verdienen zu können.

Daß bürgerliche Frauen für sich Mittelschulen reklamierten, ist verständlich, denn: „Die Mittelschulen waren es, die den Weg zum beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg wiesen.“<sup>35)</sup> Davon würde nicht allein die einzelne Bürgerin profitieren, sondern auch die Familie und zuletzt der Staat. Diese Ansicht vertraten z. B. jene Männer und Frauen, die sich 1888 zusammenschlossen, um ein Mädchengymnasium zu gründen. Im Frühjahr 1888 – also über zwanzig Jahre nach dem Entstehen der ersten Frauenerwerbvereine – begannen in Wien einige Männer und Frauen aus dem gehobenen Mittelstand – unter ihnen die Universitätsprofessoren Karl Bernhard Brühl, Theodor Gomperz, Theodor Meynert, der Direktor des städtischen Pädagogiums Emanuel Hannak, Marianne Hainisch, die Bürgerschullehrerin und Vizepräsidentin des „Vereins der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ Marie Schwarz, die Schriftstellerinnen Marie von Najmajer und Emil Mariot (=Emilie Mataja) – mit den Vorarbeiten zur Gründung eines Vereins, für den sie mit folgendem Aufruf warben: „Wir gehen von der Anschauung aus, daß für die Entwicklung des Geistes und Charakters unserer Mädchen weitaus besser gesorgt werden könnte und daß bei einer Hebung des Bildungs-Niveaus und einer Festigung des Charakters der Frauen nicht nur diese selbst, sondern auch die Familie und der Staat gewinnen müsse.

Will man aber die bisherigen Mängel der Frauenbildung beseitigen und der Frau die Möglichkeit eines besseren Erwerbes erschließen, so ist hiezu eine Mittelschule für Mädchen unerläßlich, ... Die Unterzeichneten haben sich nun entschlossen, auf dem Wege eines Vereines die Interessen der Frauen, soweit sie deren Bildung und materielle Schwierigkeiten betreffen, zu fördern ... Vor Allem haben sich die Unterzeichneten die Errichtung einer Mädchen-Mittelschule zur Aufgabe gestellt, weil durch diese allein schon ein höheres allgemeines Bildungs-Niveau unserer Mädchen verbürgt, den weiter Strebenden aber auch der Zugang zu allen jenen Hochschulen eröffnet wird, an denen Frauen studiren können.“<sup>36)</sup>

---

<sup>35)</sup> GERALD STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918 (Wien 1985) 184.

<sup>36)</sup> Archiv Hlavního Města Prahy [Archiv der Hauptstadt Prag], Karton Minerva 2, Erster Aufruf zur Gründung des Vereins für erweiterte Frauenbildung 1888, loses Blatt.

Sie legitimierten ihr Vorhaben gegenüber den Stimmen potentieller Zweifler und Zweiflerinnen mit der Beigabe von Material über studierende Frauen an ausländischen Hochschulen, das den Unterzeichnenden des Aufrufs von einem Fachmann zur Verfügung gestellt worden war und nur Positives über studierende Frauen dokumentierte. Im Aufruf des Vereins war ein wichtiges Fernziel inkludiert: Zugang der Frauen zu allen Hochschulen<sup>37)</sup>.

Es sei nur konsequent, diese Forderung zu erheben, stellten tschechische Frauen 1890 – denen durch ihren unter der Leitung der bekannten Schriftstellerin Eliška Krásnohorská stehenden Verein „Minerva“ in diesem Jahr die Gründung des ersten Mädchengymnasiums mit Berechtigung zur Ablegung der Matura zu verdanken war – in ihrer Petition an den Reichsrat fest: „Die Frauen sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ehe gezwungen, die Männer durch ihre Arbeit für den Unterhalt zu unterstützen. Mit vollem Recht fordern deshalb die Frauen eine professionelle Bildung. Sie geben sich nicht mehr mit den wenigen Arbeiten zufrieden, die ihnen bis jetzt zugewiesen wurden, die hauptsächlich niedriger Natur waren und keine besondere Begabung erforderten. Sie wollen teilhaben an allen – auch an den höchsten Berufen, zu denen die Natur ihnen die Neigung und die eigenständigen Fähigkeiten verliehen hat.“<sup>38)</sup>

Gegen Ende des Jahrhunderts wurden in den Reihen der bürgerlichen Frauen freilich Stimmen laut, die nicht rückhaltlos die Öffnung der höheren Schulen und der Universitäten für ihr Geschlecht reklamierten, sondern eine generelle Reform des gesamten Bildungswesens verlangten. Bei Auguste Fickert und Rosa Mayreder finden sich Äußerungen, die das allein „Seligmachende“ von Gymnasien und Hochschulen bezweifeln. Erstere fragte sich, ob es erstrebenswert sei, „für die Mädchen dasselbe Gymnasium erobern zu wollen, das man für die Knaben als so reformbedürftig erkannt hatte“<sup>39)</sup>, und meint weiter: „Mögen die Frauen die formalen geistigen Waffen dazu verwenden, mit ihren ursprünglichen, noch unverbrauchten intellektuellen Kräften eine Reorganisation des ganzen Bildungswesens herbeizuführen.“<sup>40)</sup> Letztgenannte stellte in einem Brief an Auguste Fickert provokativ fest: „Von den byzantinistischen Einrichtungen des Gymnasiums und der Universität, in denen das männliche Geschlecht zu Staatskrüppeln heranwächst, ist nichts zu hoffen.“<sup>41)</sup>

<sup>37)</sup> IRENE BANDHAUER-SCHÖFFMANN, Frauenbewegung und Studentinnen. Zum Engagement der österreichischen Frauenvereine für das Frauenstudium; in: WALTRAUD HEINDL, MARINA TICHY (Hgg.), „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ Frauen an der Universität Wien (=Schriftenreihe des Universitätsarchivs der Universität Wien 5, Wien 1990) 49–78.

<sup>38)</sup> STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES HAUSES DER ABGEORDNETEN DES öSTERREICHISCHEN REICHSRATES, VII. Wahlperiode, X. Session, 395. Sitzung am 29. April 1890.

<sup>39)</sup> AUGUSTE FICKERT, Der Stand der Frauenbildung in Österreich; in: HELENE LANGE, GERTRUD BÄUMER (Hgg.), Handbuch der Frauenbewegung, 5 Bde. (Berlin 1901–1906) III 160–190, hier 162.

<sup>40)</sup> EBD. 190.

<sup>41)</sup> Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Handschriftensammlung I.N. 70889/12, Brief Rosa Mayreders vom 20. April 1895.

Der Bildungsbegriff erfuhr in der Folge eine Erweiterung ganz im Sinne der Aufklärung, daß Wissen nicht nur per se erworben werden, sondern der Frau als Hilfe dienen sollte, ihre Identität zu finden, um dann als gleichwertige Partnerin mit dem Mann in allen Dingen des Lebens entscheiden und mitbestimmen zu können.

Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ (1893) stellte diese Auffassung von Bildung in den Vordergrund seiner Bestrebungen. Frauen sollten lernen, durch Bildung ihre eigene Situation im Staatsganzen zu erkennen, die Zusammenhänge von sozialen, rechtlichen und politischen Prozessen zu begreifen, ihre Kausalität zu erfassen und für ihre eigene Stellung in der Gesellschaft auszuwerten. Gelänge „es dem [Verein], durch Unterrichtscurse und durch Vorträge die Frauen über die wirthschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart aufzuklären, ihnen zu zeigen, wie groß ihr Interessengebiet bereits ist, wie sehr sie an dem allgemeinen Getriebe des modernen Culturlebens thätigen Antheil nehmen, wie klein dagegen das Rechtsgebiet ist, welches man ihnen eingeräumt hat, so wird ihr Verständniß für politische Ziele reifen und ihr Bedürfniß nach politischen Rechten rege gemacht werden.“<sup>42)</sup> Bildung – wie und wo auch immer erworben – sollte die Frauen zu mündigen Staatsbürgerinnen machen, „denn darauf läuft es der Hauptsache nach hinaus, daß wir uns selbst mündig sprechen, dann wird unsere Mündigkeit auch in der Gesetzgebung ihren adäquaten Ausdruck finden“<sup>43)</sup>. Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ wandte sich nicht gegen die Forderung nach qualifizierter Mädchenbildung – in seinen Statuten postulierte er ja die „Förderung der intellectuellen Ausbildung der Frau“<sup>44)</sup> –, aber er sah seine vordringlichste Aufgabe in der Hebung der moralischen Qualität, der Betonung der ethischen Komponente und Erfassung der einzelnen Frau in ihrer Gesamtheit. „Wir wollen, daß die Frau nicht nur eine gediegene allgemeine Bildung erlange und eine specielle Berufsbildung, die es ihr ermöglicht, sich selbstständig durchs Leben zu schlagen, wir wollen vor Allem, daß sie mit einer der Entwicklung der modernen Wissenschaft entsprechenden Denk- und Anschauungsweise vertraut gemacht werde, damit sie der Aufgabe, die ihr als Erzieherin zufällt, gewachsen sei, damit sie das heranwachsende Geschlecht erziehe.“<sup>45)</sup> Erst die gebildete – mündige – Frau und Mutter kann die Gesellschaft positiv beeinflussen und Veränderungen bewirken.

1856 ließ die Schriftstellerin Božena Němcová eine ihrer Romanfiguren klagen: „Die weibliche Unwissenheit ist eine Peitsche, die sich der Mann auf sich selber flechtet! Die Frau muß seine Mitarbeiterin werden ... Die Frau muß der Menschheit das verlorene Paradies zurückgeben, jene wertvolle Perle; vorher hat sie aber zu wissen, daß diese auf dem Boden ihres Herzens ruht, wohin sie sich für diese versenken muß!“<sup>46)</sup> Auf die Frau „als der ersten Erzieherin des Men-

<sup>42)</sup> N.N., Die staatsbürgerlichen Rechte der Frauen; in: *Das Recht der Frau. Organ für die moderne Frauenbewegung* (Beilage in der *Volksstimme*) vom 5. März 1893, 8.

<sup>43)</sup> EBD.

<sup>44)</sup> EBD.

<sup>45)</sup> EBD.

<sup>46)</sup> GEORG J. MORAVA, Sehnsucht in meiner Seele. Božena Němcová, Dichterin. Ein Frauen-schicksal in Alt-Österreich (Innsbruck 1995) 137.

schengeschlechts“ zielten alle Veränderungs- und Verbesserungsbemühungen. Mit der Frau als „Bildnerin“ künftiger Generationen werden alle Ansprüche und Forderungen legitimiert.

Auch für den Mann müsse die Frau in gewissem Maße die Verantwortung übernehmen: „So wie er durch sie erst die höhere Stufe der Sittlichkeit erreicht, muß auch die Menschheit durch das Wirken der Frauen in der Öffentlichkeit auf eine höhere Stufe der Vollendung geführt werden.“<sup>47)</sup> In ihren Händen liege das Schicksal der künftigen Geschlechter, und für deren verantwortungsvolle Aufzucht sollte sie die beste und modernste Ausbildung erfahren. „...>geistige Mütterlichkeit< hieß das Schlagwort der Emanzipation der bürgerlichen Frau.“<sup>48)</sup>

„Für sie [die Frauen] ist der Verein zugleich eine Schule. Jeder Verein bildet ein kleines Gemeinwesen für sich, ist ein Mikrokosmos und Abbild des größten, mächtigsten und allgemeinsten Vereines, des Staates. Indem die Frauen sich im Vereine zusammenfinden, machen sie den ersten Schritt aus der Enge des Hauses in das öffentliche Leben.“<sup>49)</sup> Die Frauenerwerbs- und -bildungsvereine erwiesen sich als erste „Gehschulen“ der Sensibilisierung und der Politisierung vor allem für Frauen aus dem Bürgertum, die sich in den Vereinen unterschiedlichen Aufgaben widmeten und mit allen Praktiken von Öffentlichkeitsarbeit vertraut gemacht wurden. Das Vereinsleben bzw. die Arbeit im Verein stellte für die aktiven Mitglieder einen permanenten Bildungsprozeß dar: Die Tätigkeit im Verein war vor allem meinungsbildend, sie machte die Frauen bekannt mit formalen und rechtlichen Kriterien, stärkte ihr Selbstbewußtsein, lehrte sie den Umgang mit der „Öffentlichkeit“, schulte sie im Suchen und Finden von Mehrheiten für ihre Vereinsziele. Die Frauen lernten das Nutzen von Fachkräften, später auch von Politikern, die ihre Anliegen in Landtagen und Reichsrat vorlegen und befürworten sollten.

Die im Verein praktizierte Selbstverwaltung war für die aktiven Frauen eine Vorschule auf die erhoffte spätere Mitbestimmung im Staatsganzen: Innerhalb des Vereins mußten Mehrheiten in bestimmten Angelegenheiten gefunden, aktiver und passiver Wahlmodus bei Wahlen in den Vorstand und in diverse Ausschüsse ausgeübt werden. Auch Diskutieren und das Auftreten und Reden vor öffentlichen Versammlungen mußte gelernt werden. Die Vereine hielten interne, ausschließlich für Frauen bestimmte Diskussionsrunden ab, wo die Frauen ihre Anliegen und Meinungen äußern konnten, ohne fürchten zu müssen, von Männern unterbrochen oder belächelt zu werden, es war ihnen im „Schutz“ des Vereins möglich, ihre Gesprächskultur zu entwickeln und Sicherheit im Argumentieren zu finden. Darüber hinaus veranstalteten die Vereine eine Reihe von Vorträgen und Informationsabenden, die den Wissensstand der eigenen Mitglieder heben sollten. Denn nur wer anderen an Wissen zumindest ebenbürtig war, konnte auch überzeugend auf sie einwirken und die Vereinsziele in die Tat um-

---

<sup>47)</sup> BARBARA GREVEN-ASCHOFF, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933 (Göttingen 1981) 40.

<sup>48)</sup> EBD. 41.

<sup>49)</sup> MAYREDER, Frauenvereine 36.

setzen. Vieles mag bürgerlichen Frauen anfänglich neu oder fremd gewesen sein, doch Mitteilungsblättern und Jahresberichten ist zu entnehmen, daß zumindest die aktiven Mitglieder sehr rasch mit dem Vereinsprozedere vertraut wurden.

Ein lehrreiches Moment bot sicher die Erkenntnis, daß viele Schwierigkeiten, die manche Frau als rein persönliche Defizite empfunden haben mag, auch von anderen Frauen durchlebt wurden. Der Schritt aus dem angestammten Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis in eine größere Runde, die sich aus „fremden“ Personen zusammensetzte, war wohl anfänglich verbunden mit der Überwindung äußerer und innerer Barrieren. Wie würde die Einzelne vor einem größeren Auditorium bestehen?

Marianne Hainisch erinnerte sich an ihr „coming out“, ihre ersten zaghaften Schritte in die Frauenbewegung: „Ich brachte meine Gedanken und Forderungen zu Papier und sandte den Aufsatz an eine Zeitung und dann nacheinander an alle führenden Blätter, die ihn aber alle wieder zurücksandten. Da las ich, daß der Wiener Frauen-Erwerbverein seine dritte Generalversammlung abhalten werde, und da ich las, daß dieser Verein für die Erweiterung des Frauenerwerbes eintrete, meldete ich dort einen Antrag ‚Zur Frage des Frauenunterrichtes‘ an. Der Antrag wurde auf die Tagesordnung gesetzt, und ich stellte ihn beend am 12. März 1870 in der Versammlung. Ich begründete ihn in einer einstündigen Rede. Ganz erfüllt von meiner Mission schwand meine Befangenheit und ich überzeugte meine Hörer.“<sup>50)</sup> Allein schon die Tatsache, daß Marianne Hainisch ihre Gedanken niederschrieb und an Zeitungen sandte, zeugt von einer nicht geringen Portion Selbstbewußtsein. Nicht viele Frauen verfügten jedoch über diesen Mut, vor einem breiteren Publikum ihre Anliegen vorzutragen, vor allem dann nicht, wenn sie aus weniger gebildeten und aufgeschlossenen Gesellschaftskreisen stammten. Daher müssen die Initiatorinnen und Funktionärinnen der ersten Generation bürgerlicher Frauenerwerbs- und -bildungsvereine in den hohen und höchsten Gesellschaftskreisen, im Bildungs- und gebildeten Wirtschaftsbürgertum gesucht werden.

In den Frauenvereinen der sechziger Jahre entschieden noch Frauen und Männer gemeinsam, Männer gaben den Anstoß zu manchen Vereinsgründungen und hatten die wichtigsten Vereinsämter inne. Nach und nach gingen die Vereinsämter in die Hände von Frauen über. Männer, die anfänglich noch im Verein stimmberechtigt waren, kamen immer mehr in die Position (finanziell) unterstützender und beratender Mitglieder ohne Stimme. Bald wählten ausschließlich die weiblichen Mitglieder den Vorstand und die Ausschüsse aus ihren Reihen, hatten Stimmrecht und konnten Stimmen auf sich vereinigen. Je mehr die Frauen in ihre Funktionen hineinwuchsen, desto seltener wurden Männer als Funktionsträger im Frauenverein. Einzelne Frauenvereine wandten sich an Männer nur mehr in speziellen Fragen um Rat, luden sie zu Vorträgen ein und ließen durch sie ihre Petitionen den politischen Entscheidungsgremien vorlegen. Saßen im Vorstand des „Wiener Frauen-Erwerb-Vereins“ (Gründungsjahr 1866) noch

---

<sup>50)</sup> HAINISCH, Geschichte 15.

stimmberechtigte Männer, so gab es im „Allgemeinen Österreichischen Frauenverein“ (Gründungsjahr 1893) keinen einzigen Mann mehr in einer Vereinsfunktion mit Stimmberechtigung. Ganz eindeutig waren die Verhältnisse bei jenen Frauenvereinen, die die beruflichen Interessen ihrer Geschlechtsgenossinnen vertraten. Zu denken ist dabei an den „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ in Österreich, Vereine ausübender Künstlerinnen etc. Je ausschließlicher der Zweck der Frauenvereine in der Einforderung der Rechte für Frauen auf allen Lebensgebieten lag, desto ausschließlicher gingen Leitung und Vereinsfunktionen in die Hände von Frauen über.

In späteren Frauenvereinen werden wichtige Funktionen erstens ausschließlich von Frauen und zweitens auch schon von Frauen, die nicht mehr unbedingt den obgenannten Schichten angehörten, ausgeübt. So arbeitete etwa der Vater Auguste Fickerts, der Initiatorin des „Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins“ und selbst Lehrerin, als Werkmeister in der k.k. Staatsdruckerei.

Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl begannen die Frauenvereine, jährliche Vereins- und Rechenschaftsberichte abzulegen. Sie erfüllten zum einen die Aufgabe von Werbemitteln für die Vereinsziele nach außen: Immer mehr Frauen sollten sich von den Zielen angesprochen fühlen. Zweitens informierten sie nach innen: Es kamen nicht mehr alle zahlenden Mitglieder zu jeder Veranstaltung, nur mehr ein geringer Teil erfüllte aktiv bestimmte Funktionen. Drittens stand der Verein seinen Mitgliedern gegenüber unter einem Legitimationszwang: Diese wollten wissen, wofür sie ihren Beitrag leisteten.

Die Bedeutung der Medien war auch von der bürgerlichen Frauenbewegung sehr rasch erkannt worden: Zeitschriften, die nicht unmittelbar den Charakter eines Vereinsorgans besaßen, aber von Protagonistinnen bestimmter Vereine herausgegeben wurden, versuchten Bildung im weitesten Sinne zu vermitteln. Vorträge wurden abgedruckt, verschiedene Artikel bezogen zu Zeitproblemen Stellung, weiters informierten sie über das Geschehen in der Frauenbewegung außerhalb der Landesgrenzen. Zu nennen wären hier die Zeitschriften *Dokumente der Frauen* und *Neues Frauenleben*. In den einzelnen Petitionen<sup>51)</sup>, Reden und Aufsätzen, die von Frauen im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit erarbeitet wurden, zeigt sich, daß deren Verfasserinnen sowohl mit den formalen Kriterien vertraut waren als auch über eine Fülle von Kenntnissen verfügten. Um ihrer Argumen-

---

<sup>51)</sup> Einige Beispiele seien hier angeführt: AUSZUG AUS DER PETITION der steuerzahlenden eingenberechtigten Frauen Niederösterreichs an den h. n.-ö. Landtag; in: *Neuzeit. Blätter für weibliche Bildung in Schule und Haus, zur Förderung der Frauenbestrebungen und Vertretung der Fraueninteressen* 1891, Nr. 1, 6–11, und ebd. Nr. 2, 30 ff.; DIE DENKSCHRIFT DER LEHRERINNEN; in: *Österreichische Lehrerinnenzeitung* vom 15. Jänner 1894, Nr. 2, 17–21; PETITION ZUM FRAUENSTIMMRECHT IN OESTERREICH; in: *Das Recht der Frau. Organ für die moderne Frauenbewegung* (Beilage in der *Volksstimme*) vom 17. Dezember 1893, 6 f.; PETITION AN DAS ABGEORDNETENHAUS um Zulassung der Frauen zur ärztlichen Praxis; in: *Das Recht der Frau. Organ für die moderne Frauenbewegung* (Beilage in der *Volksstimme*) vom 12. Jänner 1896, Nr. 205, 6; PETITION AN DAS ABGEORDNETENHAUS gegen die Errichtung öffentlicher Häuser; in: ZUR GESCHICHTE EINER PETITION gegen Errichtung öffentlicher Häuser in Wien. Protokoll der Frauenversammlung vom 20. Februar 1897 im alten Wiener Rathhause. Nebst fünf Gutachten (Wien 1897) 37–45.

tationslinie gegenüber dem Staat Gewicht zu verleihen, führten sie zum betreffenden Sachverhalt Fakten und Daten aus dem In- und Ausland an. Mit Hilfe der Zeitschriften sollten die Frauen für den Kampf um ihre Rechte gewonnen und motiviert werden, mit den Petitionen sollte der Staat überzeugt werden, daß die Situation seiner weiblichen Staatsbürger verbesserungswürdig sei. Auch das war Bildungsarbeit.

Jene Zahl von Frauen, die in den Vereinen die leitenden Positionen innehatten und mit ihrem Engagement Veränderungen bewirken wollten, fühlten sich verpflichtet, an Wissen den übrigen Mitgliedern, vor allem aber der breiten Schicht von Frauen, die es noch zu überzeugen galt, voraus zu sein. Sie mußten Bescheid wissen über die Gesetzeslage, über die politische Landschaft, mußten den behördlichen Instanzenweg kennen. Sie verschafften sich für ihre Argumentation statistisches Zahlenmaterial zu allen Lebensbereichen. Sie lasen neueste Fachliteratur (Bibliotheken waren in den Vereinslokalen keine Seltenheit) und informierten sich über grundlegende soziale und ökonomische Lehren. Das theoretische Wissen verlieh ihnen die Fähigkeit, praktische Überzeugungsarbeit nach innen und außen leisten zu können.

Was als Bildungs- und Ausbildungsbewegung begonnen hatte, entwickelte sich zu einer Bewegung, die alle Lebensbereiche des weiblichen Geschlechts umspannte und die die Frau als mit allen Rechten ausgestattete Bürgerin dem Mann gleichwertig an die Seite stellen wollte.

Die führenden Vereinsfrauen lehnten zunehmend die alleinige Verantwortung für den Ausbau eines höheren Mädchenschulwesens ab. Sie hatten erkannt, daß die vereinseigenen Anstalten eine Nischenexistenz fristeten, in deren Beendigung der Staat keinerlei Notwendigkeit sah. Die Unterrichtsbehörde begrüßte zwar die Initiativen der Frauenvereine und spendete auch Lob, zeigte sich jedoch nicht bereit, selbst aktiv zu werden<sup>52</sup>). „Die gegenwärtigen Finanzverhältnisse des Staates schmälern die Aussicht, daß in nächster Zeit höhere Lehranstalten f. d. weibliche Jugend von der Unterrichtsverwaltung errichtet werden. Bei dieser Sachlage kann es nur wünschenswert sein, daß die Sorge für diesen Theil des Unterrichts von anderen übernommen werde.“<sup>53</sup>)

Damit erhielten zwar die privaten Schulen und Kurse der Frauenvereine den staatlichen „Segen“, keineswegs aber die ersehnte Übernahme in die öffentlich-rechtliche Verwaltung und eine Finanzierung durch den Staat.

Ihrem Ziel der einheitlichen Organisation und Lehrplannormierung durch die Unterrichtsverwaltung kamen die bürgerlichen Frauenvereine erst ab 1900 näher: Nachdem das Unterrichtsministerium Informationen über den Stand der

---

<sup>52</sup>) MARGRET FRIEDRICH, Hatte Vater Staat nur Stieftöchter? Die Maßnahmen des österreichischen Unterrichtsministeriums zur Mädchenbildung 1848–1919; in: BRIGITTE MAZOHL-WALLNIG (Hg.), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert (=L'Homme Schriften 2, Wien – Köln – Weimar 1995) 301–342.

<sup>53</sup>) AVA, Ministerium für Cultus und Unterricht, Zl. 2531 13B/2, Aktenvermerk vom 18. Juli 1877.

höheren Mädchenbildung in allen Landesteilen der Monarchie eingeholt hatte, lud es für den 14. Mai 1900 zu einer „Enquete in Angelegenheiten des höheren Mädchen-Bildungs- und Schulwesens“. Ergebnis dieser Veranstaltung, an der wenige Frauen – unter ihnen Marianne Hainisch – teilnahmen, war die einheitliche Organisation und Lehrplannormierung der Mädchenlyzeen. Diese Schultype sollte sich bald als Sackgasse erweisen, da ihr Abschluß weder zum ordentlichen Universitätsstudium (in der Zwischenzeit hatten die philosophische und die medizinische Fakultät ihre Tore für Frauen als ordentliche Hörerinnen geöffnet) berechnete, noch auf spezielle Berufe vorbereitete. Darüber hinaus vertiefte der Lehrplan das Klischee von der „weiblichen Eigenart“: „Die Lehrziele sind ... für die einzelnen Fächer nicht zu hoch gesteckt, einerseits, um den Gefahren der Überbürdung der Schülerinnen vorzubeugen, andererseits damit den heranwachsenden Mädchen noch genügend Zeit für die Weiterbildung im Hause erübrigt werde.“<sup>54)</sup> Zur Errichtung und kompletten Finanzierung von Mädchenlyzeen erklärte sich der Staat aber auch jetzt nicht bereit.

Der von bürgerlichen Kreisen als radikal, weil in höchstem Maße gesellschaftskritisch etikettierte „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ bezog zum Lyzeum eine distanzierte Haltung. „Die Schulform des Lyzeums disqualifiziere sich schon allein dadurch, daß sie nicht das Niveau der Knabenmittelschulen vermittele, sondern eher bloßen ‚Salonwert‘ habe.“<sup>55)</sup> Dem Mädchenlyzeum haftete Zeit seines Bestandes (bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts) der Geruch einer „Luxusschule“ an: „Das Mädchenlyceum, wie es unsere Unterrichtsverwaltung will, ist nichts Anderes, als eine Schule für ‚höhere Töchter‘.“<sup>56)</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden in der bürgerlichen Frauenbewegung neuerlich Zweifel laut, ob die Favorisierung des Hochschulstudiums, ja der höheren Schulen überhaupt, den Frauen jenen gesellschaftlichen Nutzen brächte, den sie sich davon erhofft hatten. Möglicherweise trüge dieses Bestreben nur dazu bei, soziale Unterschiede zu verfestigen: Die Forderung der Bürgerlichen, Staat und Gemeinden mögen höhere Mädchenschulen einrichten, berge eine nicht zu unterschätzende Gefahr: „Es soll also die Standesschule erhalten bleiben und die höheren Töchter sollen, unbeschadet ihrer geistigen Fähigkeiten, die Bildungsvorteile einer besser organisierten Schule genießen, während für die niederen Töchter, auch wenn sie noch so talentiert wären, die Volksschule mit obligatorischem Fortbildungsunterricht genügen muß.“<sup>57)</sup> Daß Wissen Macht bedeute, hatten die Frauen des gehobenen Bürgertums wohl erkannt und wollten diese Macht nicht mit Frauen der unteren Schichten teilen. „Das Ausschlaggebende soll nach wie vor der Besitz, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschafts-

<sup>54)</sup> EBD., Zl. 34551 ex 1900.

<sup>55)</sup> Zitiert nach FLICH, *Wider die Natur* 93.

<sup>56)</sup> SIGMUND KRAUS, *Österreichische Mädchenlyceen*; in: *Dokumente der Frauen* vom 1. Mai 1901, Nr. 3, 81–92, hier 91.

<sup>57)</sup> ZIELE UND AUFGABEN DER FRAUENBEWEGUNG, mit einem Kommentar der Herausgeberin (Auguste Fickert); in: *Neues Frauenleben* vom Jänner 1906, Nr. 1, 1–6, hier 3.

schichte und nicht die Befähigung sein. Wer aber wirklich außerhalb der Parteien steht, wird vor allem auf dem Gebiete der Bildung die unentgeltliche Einheitsschule mit reicher Gliederung für die mannigfachen Talente und für die verschiedenen Bedürfnisse der modernen Gesellschaft verlangen<sup>58)</sup>, meinte die Hauptvertreterin der bürgerlich-radikalen Frauenbewegung Auguste Fickert.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts kristallisierten sich unterschiedliche Richtungen innerhalb der bürgerlichen Frauenvereine die Mädchenschulbildung betreffend heraus: Verfolgten die eher „gemäßigten“ Vereine – allen voran der „Bund Österreichischer Frauenvereine“ – das Ziel, für Mädchen die gleichen Sekundarschultypen vom Staat zu erhalten, die er für Knaben errichtete und verwaltete, so hofften andere auf eine Öffnung der Knabenmittelschulen für Mädchen, und die besonders progressiven Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung setzten auf eine generelle Reform des Schulwesens.

Die vom Bildungsideal der Aufklärung getragenen Bestrebungen der bürgerlichen Frauenbewegung wurden zusehends differenzierter gesehen, die Bildungseuphorie geriet in eine Sinnkrise.

### 3. Nationale und soziale Trennlinien innerhalb der ersten Frauenbewegung

Sechs Wiener Frauenvereine mit insgesamt 3644 Vereinsmitgliedern reichten im Sommer 1890 eine Petition mit der Forderung nach Öffnung der Hochschulen für Frauen beim Reichsrat ein. Im selben Jahr, doch einige Monate zuvor, hatten bereits tschechische Frauenvereine und Einzelpersonen eine Petition mit dem gleichen Ansuchen an den Reichsrat gerichtet. Nur mit wenigen Worten bezogen sich die Wiener Frauenvereine auf die Prager Petition: „Wir zollen den muthigen Vorläuferinnen unsere dankende Anerkennung, wir stimmen mit Begeisterung den Wünschen der Frauen Böhmens bei, was sie für ihre, wollen wir für unsere Heimath, was sie für Prag, wollen wir für Wien erreichen.“<sup>59)</sup> Obwohl sich viele Frauen in ganz Cisleithanien in Vereinen zusammengeschlossen hatten, weil sie die Frauenbildungs- und -erwerbssituation diskriminierend empfanden, kam es zu keiner Solidarisierung über die Sprachgrenzen hinweg. Die bürgerlichen Frauenvereine „marschierten“ getrennt auf ein gemeinsames Ziel zu. Die Vereine wollten vor allem für die Frauen ihrer Muttersprache Verbesserungen erreichen, fanden jedoch Worte der Anerkennung, wenn anderssprachige Frauenvereine der Monarchie Fortschritte erzielen konnten. Das Verhaftetsein im nationalen Bewußtsein verhinderte einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Frauenvereine Cisleithaniens zu einem geeinten Vorgehen, wie es vom „Bund Österreichischer Frauenvereine“ (freilich mit einem deutschsprachigen Übergewicht) geplant war.

<sup>58)</sup> EBD. 4.

<sup>59)</sup> PETITION DER WIENER FRAUBEWEGUNG AN DEN ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATH 1890; in: *Lehrerinnen-Wart. Zeitschrift für Interessen der Lehrerinnen und Erzieherinnen* vom 10. Juli 1890, Nr. 7, 174 ff. hier 174.

Ein Kriterium für das getrennte Marschieren waren auch der sehr unterschiedliche Bewußtseinsstand und die durch die Arbeitssituation vorgegebenen Bedürfnisse der Frauen in den einzelnen Ländern der Monarchie. Auch die räumliche Nähe von Knabenmittelschulen und Universitäten mögen eine Rolle gespielt haben. Während die Mittelstandsfrauen der größeren Städte Cisleithaniens – z. B. Böhmens, Mährens, Galiziens<sup>60)</sup> und der Gebiete des heutigen Österreichs – zunehmend die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für ihr Geschlecht erkannten und die Männerdomänen Sekundärschule und Universität für sich reklamierten, dabei aber auch Unterstützung und Vereinsinitiiierung durch fortschrittlich gesinnte Männer erfuhren, blieben die Frauen der ländlichen Bereiche weitgehend von der Bewegung ausgeklammert. Die Bildungseinrichtungen, die im Laufe der Zeit hier von Frauen gefordert und von Vereinen gefördert wurden, betrafen das unmittelbare Aufgabengebiet der ländlichen weiblichen Bevölkerung. Bäuerliche Haushaltungsschulen und landwirtschaftliche Kurse kamen hier wohl anfänglich dem Lernbedürfnis mehr entgegen, besaßen mehr notwendige Praxisbezogenheit, als der Unterricht in Mittelschulen geboten hätte.

Ein gemeinsames Bemühen von Bürgerlichen und Arbeiterinnen um die Hebung der Bildung war nur von kurzer Dauer. Bei der Gründungsversammlung des „Arbeiterinnen-Bildungsvereins“ am 29. Juni 1890 in Wien war auch die Bürgerliche Auguste Fickert anwesend<sup>61)</sup> und stellte sich bald darauf gemeinsam mit ihrer Freundin Ida Baumann in den Dienst des Vereins. Adelheid Popp erinnert sich an die beiden: „Zweier Frauen muß ich hier gedenken, die, obwohl sie keine Arbeiterinnen waren, dem Arbeiterinnen-Bildungsverein ungemein nützlich waren. Es waren die Lehrerin Auguste Fickert und Ida Baumann, zwei Freundinnen. ... [Fickert] hielt Kurse über Literatur und widmete ihre Kraft und ihre Zeit auch der Bibliothek; ... Ida Baumann hielt einen Unterrichtskurs über den Bau des menschlichen Körpers.“<sup>62)</sup>

Bildung wurde in der organisierten Arbeiterschaft als generell notwendig empfunden, um überzeugend argumentieren und Rechte einfordern zu können. Die Arbeiterinnenbildungsvereine sollten helfen, das Wissensdefizit der Frauen zu beseitigen, damit die geschulte Arbeiterin ihre Situation auch theoretisch durchleuchten, die Mechanismen der ökonomischen Prozesse begreifen und wirkungsvoll die Ansprüche der Arbeiterpartei in der Öffentlichkeit vertreten konnte.

In den Reihen der Arbeiterinnen mußte davon ausgegangen werden, daß es ihnen oft an den Grundschulkenntnissen mangelte. Die organisierten Arbeiter

<sup>60)</sup> Die Situation in Galizien, wo neben dem polnischen Element vor allem auch das jüdische zu beachten ist, konnte aus pragmatischen Gründen in diesen Überblick nicht miteinbezogen werden; siehe aber oben Kap. V/A: MACIEJ JANOWSKI, Galizien auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, insbes. Abschnitt 2 c) Die Frauenbewegung.

<sup>61)</sup> Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Handschriftensammlung, I.N. 71147/23, Nachlaß Auguste Fickert.

<sup>62)</sup> ADELHEID POPP, Zwanzig Jahre Arbeiterinnenbewegung; in: DIES. (Hg.), Gedenkbuch. Zwanzig Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung (Wien 1912) 6–22, hier 10.

nahmen sich ihrer Kolleginnen an, ermunterten sie zu Versammlungen und zu eigenen Reden, halfen ihnen bei deren Ausarbeitung und bemühten sich um die Anhebung ihrer Bildung. Am 19. Dezember 1870 war ein Arbeiterinnenbildungsverein in Wien gegründet worden<sup>63</sup>). „Neben der Teilnahme an allen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten der Arbeiterbewegung hatte er seine Funktion in der Hebung der aufgrund des Zustandes des öffentlichen Schulwesens katastrophalen Arbeiterinnenbildung durch Unterricht, Vorträge und Diskussionen.“<sup>64</sup>) 1877 war seine Tätigkeit bereits wieder sistiert worden. Doch die Arbeiterschaft ließ sich dadurch nicht entmutigen und setzte ihre Bemühungen fort.

Die Arbeiterinnenbildungsvereine entstanden somit im gleichen Zeitraum, in dem die bürgerlichen Frauenvereine ihre Bildungsinitiativen in Angriff nahmen. Doch bis auf das genannte Beispiel kam es in weiterer Folge zu keinem gemeinsamen Vorgehen der Bürgerlichen und der Arbeiterinnen. Wenn auch einzelne bürgerliche Frauenvereine (zu denken wäre an den „Wiener Frauen-Erwerb-Verein“) versuchten, die Arbeiterin für die Teilnahme an ihren Fortbildungskursen zu gewinnen, so zielte doch das Lehrangebot der Kurse an den Bedürfnissen der Arbeiterin vorbei. Verschiedene sachpolitische Fragen, die im „Allgemeinen Österreichischen Frauenverein“ aufgegriffen und erörtert wurden, beweisen zwar dessen Problembewußtsein im Hinblick auf die Lebens- und Berufssituation der Arbeiterin, aber die Kluft zwischen den mittlerweile sozialistisch politisierten und organisierten Arbeiterinnen und den von ihrer bürgerlichen Herkunft geprägten und sich als politisch autonom verstehenden Frauen war zu tief, als daß es zu mehr als partiellen Kooperationen gereicht hätte. Die Sozialdemokratinnen, die sehr wohl um die Bedeutung von qualifizierter Bildung wußten, verfolgten eigene Ziele. Sie standen den wohlmeinenden Absichten manches bürgerlichen Frauenvereins skeptisch bis ablehnend gegenüber, da aus den Bemühungen oft Unkenntnis der tatsächlichen Lage der Arbeiterin sprach. Bedeutete Bildung für die bürgerlichen Frauenvereine den Schlüssel zum Tor der Berufswelt des Mannes, zu seinem Prestige und seiner politischen Geltung im bestehenden Gesellschaftssystem, so wollten die Sozialdemokratinnen mit dem Mann gemeinsam eben dieses System durch ein neues ersetzen; Bildung, Wissen, fachliche Kenntnisse dienten in diesem Prozeß dazu, Aufklärungsarbeit unter jenen zu leisten, die noch nicht begriffen hatten, wer und was für ihre Lage verantwortlich zeichnete.

Von daher wird verständlich, daß die Sozialdemokratinnen ihre eigenen Bildungsvereine mit je eigenen Bildungsinhalten konstituierten; aber auch, daß diese Vereine primär in den industriellen Zentren der Monarchie konzentriert waren. Im vorwiegend agrarisch ausgerichteten Westösterreich (und auch dort nur in den städtischen „Enklaven“) entstanden Arbeiterinnen-Bildungsvereine

<sup>63</sup>) Niederösterreichisches Landesarchiv, Vereinskataster VIII, Post. Nr. 202.

<sup>64</sup>) EDITH HANN, „Durch die Weiber kann man viel, sehr viel ausrichten.“ Frühformen der Arbeiterinnenorganisation (1870–1890); in: Archiv. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung 4 (1988) 66–85, hier 67.

erst knapp vor dem Ersten Weltkrieg, 1907 in Innsbruck, 1909 in Wörgl und Kufstein, 1910 in Lienz, 1912 in Hall, Schwaz, Landeck, Franzensfeste (Fortezza), Bozen (Bolzano) und Meran (Merano). Es fällt auf, daß es sich bei diesen Orten meist um Verkehrsknotenpunkte handelt, und tatsächlich konzentrierte sich die sozialdemokratische Frauenbewegung anfänglich auf die Ehegattinnen der Eisenbahner, wie sie uns beispielsweise in der Person von Maria Ducia, Verkäuferin und Ehefrau eines Eisenbahners in Lienz, Organisatorin der ersten Tiroler Landesfrauenkonferenz und nachmalige Landtagsabgeordnete, entgegentritt<sup>65</sup>).

\*\*\*

Die Bildungsbestrebungen der Frauenvereine im 19. Jahrhundert, so differenziert sie zu sehen sind, zielten in jedem Falle auf Veränderung und Beseitigung von Diskriminierung ab. Großer Stellenwert kam dabei der Eigeninitiative zu, die aber bald in der Erkenntnis mündete, Selbsthilfe allein könne nur geringe Veränderungen bewirken. Zweifellos haben die Bemühungen der Frauenbildungs- und Frauenerwerbvereine einen Umdenkprozeß in ihren jeweiligen Gesellschaftskreisen eingeleitet. Wenn die Aktivitäten der Vereine manchmal als provokant, lästig oder oft auch als lächerlich rezipiert wurden, blieb doch die Tatsache, daß sich die politischen Entscheidungsträger – wenn auch widerwillig und zögerlich – mit ihren Eingaben, Petitionen und Einrichtungen auseinanderzusetzen begannen. Und endlich traten – schrittweise und mühsam – erste Erfolge wie die Öffnung der Universitäten für Frauen als ordentliche Hörerinnen, Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes für höhere Mädchenschulen, Ablegung der Reifeprüfung an den ersten und lange Zeit einzigen Mädchengymnasien in Prag und Wien – ein.

---

<sup>65</sup>) ADELHEID POPP, *Der Weg zur Höhe. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs. Ihr Aufbau, ihre Entwicklung und ihr Aufstieg* (Wien <sup>1</sup>1929, <sup>2</sup>1930) 53; ANDREA MAYR, „Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen“. *Leben und Politik der Tiroler Landtagsabgeordneten Maria Ducia (1875–1959)*; in: KURT GREUSSING (Hg.), *Die Roten am Lande. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich (=Museum Industrielle Arbeitswelt, Steyr 1989)* 126–130.